



**Katja Keul**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

## **Reisebericht Wahlbeobachtung Parlamentswahlen in der Republik Moldau am 11. Juli 2021**



Trotz Beginn des Wahlkampfes hatte ich mich entschlossen nach Ende der Sitzungswochen noch der Bitte der OSZE PV zur Teilnahme an der Wahlbeobachtung in Moldawien nachzukommen.

Die Republik Moldau ist ein sehr kleines, aber interessantes Land, das in den letzten Jahren sehr schwierige politische Zeiten hinter sich hat.

In der ehemaligen Sowjetrepublik leben sowohl rumänischsprachige, als auch russischsprachige Menschen – die meisten können sogar beide Sprachen, was ich auch während des Wahltages oftmals hören konnte.

Ein Teil des Landes steht nicht unter der Kontrolle der Regierung, nachdem sich beim Zerfall der Sowjetunion u.a. die Region zwischen dem Fluss Dnister und der Ukraine für unabhängig erklärt hat. Dort ist bis heute russisches Militär stationiert. Die Regierung der abtrünnigen Region mit ca. 240.000 Einwohner wird international nicht anerkannt.

Die Wahllokale für die Bewohner aus Transnistrien befanden sich daher auf von Moldau kontrolliertem Gebiet. Die ca. 200.000 Wahlberechtigten aus Transnistrien hatten freien Zugang zu den Wahllokalen auf der anderen Seite des Flusses. Organisierte Busfahrten von russisch kontrolliertem Gebiet konnten diesmal im Gegensatz zu früheren Wahlen nicht festgestellt werden. Die Wahlbeteiligung aus Transnistrien war aber sehr gering.

Auch sonst lag die Wahlbeteiligung mit gerade einmal 50 % nicht sonderlich hoch.

## **Hintergründe und Historie:**

Um die politischen Verhältnisse zu verstehen, merke ich bei der Vorbereitung, dass man in der Geschichte schnell immer weiter zurückblättern muss.

Als Kerndaten der Geschichte des Landes sind u.a. folgende Daten zentral:

- 1349 Fürst Bogdan gründet das unabhängige Fürstentum Moldau (deutlich größer als das heutige Moldau – umfasst die gleichnamige Region des heutigen Rumäniens).
- 1512 Herrschaftsübernahme durch das osmanische Reich.
- 1812 nach den türkisch-russischen Kriegen (1792 und 1812) müssen die Osmanen die Region an Russland abtreten.
- Der russische Zar wirbt deutsche Siedler für das Gebiet an – die sogenannten „Moldau Deutschen“.
- 1918 nach der Oktoberrevolution in Russland und dem Ende des Ersten Weltkriegs besetzt Rumänien das Gebiet.
- 1940 aufgrund des Hitler-Stalin-Paktes besetzt Russland das Gebiet, auf dem immer noch ca. 100.000 Deutsche siedeln, die nun von Hitler „Heim ins Reich“ geholt werden.
- 1941 Rumänien erobert Moldau mit Unterstützung der Wehrmacht.
- 1947 Moldau wird Sowjetrepublik.
- 1989 ethnische Auseinandersetzungen eskalieren als rumänische Nationalisten die Fusion mit Rumänien anstreben.
- 1990 Die nicht rumänisch dominierten Landesteile Transnistrien und Gagausien erklären sich für unabhängig.
- 1992 zwischen März und Juli 1992 kommt es zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit ca. 1000 Toten.

Unter Vermittlung von Russland kommt es zum Waffenstillstand und die Stationierung russischer Friedenstruppen zur Überwachung des Waffenstillstandes wird vereinbart.

Diese Stationierung sollte jetzt eigentlich nach 20 Jahren beendet werden. Außerdem befindet sich über die vereinbarten Truppen hinaus weiteres, nicht legitimes russisches Militär auf dem Gebiet, das die nicht anerkannte „Regierung“ stützt – Man spricht in Moldau von „non controlled territory“.

- 2001 Die Kommunistische Partei (PCRM) gewinnt die demokratischen Wahlen (Präsident Voronin), was für eine ehemalige Sowjetrepublik eher selten ist.
- 2009 Die Kommunisten verlieren die Wahl gegen die neu gegründete Demokratische Partei (PDM), die von korrupten Oligarchen geprägt wird, wie u.a. Plahotniuc, die das Land unter sich aufteilen und sich gnadenlos bereichern.
- 2014 verschwinden staatliche Gelder im Wert von 1 Mrd. Euro in geheimen Kanälen, die bis heute nicht aufgeklärt wurden.
- Die Verurteilungen in diesem Zusammenhang sind bis heute nicht rechtskräftig, so dass einer der Täter, Ilan Shor, sogar kandieren konnte und mit seiner „Shor Partei“ tatsächlich ins Parlament einzieht.
- 2/2019 verliert die PDM unter Plahotniuc die Wahl gegen die Sozialisten (PSRM) unter Igor Dodon. Viele der ehemaligen Kommunisten sind zwischenzeitlich zu den Sozialisten gewechselt. Es gibt aber keine klare Mehrheit zur Bildung einer Koalition.
- 6/2019 PSRM und der Block ACUM aus den neuen Reformkräften PAS und PPDA, bilden trotz der Gegensätze eine Koalition und wählen Maia Sandu zur Premierministerin. Sie beginnt umgehend mit personellen Veränderungen in Justiz und Staatsanwaltschaft und kann sich aber am Ende nicht durchsetzen.
- 11/2019 nach nur 6 Monaten im Amt verliert Sandu ein Misstrauensvotum und Chicu wird Premier einer Koalition aus PSRM und PDM. In den nächsten 12 Monaten treten viele Abgeordnete der PDM aus und gründen teils eigene Parteien. Eine wirkliche Regierungsmehrheit besteht nicht mehr.
- 11/2020 Bei der Präsidentschaftswahl gewinnt Maia Sandu deutlich gegen Victor Dodon, der sich als schwacher Präsident erwiesen hat und auch von Russland nicht wirklich unterstützt wird. Die EU-Skeptiker setzen auf die Partei von Renato Usatii. Letztlich wählen auch viele russischsprachige Moldauer Sandu.
- Da die Zusammensetzung des Parlaments zu diesem Zeitpunkt längst nicht mehr die Wahlentscheidung der Wähler\*innen vom Februar 2019 widerspiegelt steht schnell die Forderung nach vorgezogenen Parlamentswahlen im Raum.
- 12/2020 Premier Chico und seine Regierung treten zurück.
- 2021 bis April gibt es mehrere vergebliche Versuche eine Premierministerin zu wählen. Das Verfassungsgericht besteht darauf, dass dies in den 3 Monaten nach der Wahl versucht, worden sein muss. Nach Ablauf dieser Frist

versucht die Mehrheit des Parlaments noch seine Auflösung durch die Ausrufung des nationalen Notstandes zu verhindern. Das Verfassungsgericht entscheidet im April dann entsprechend dem Antrag der Präsidentin auf Auflösung des Parlaments. Die Neuwahlen werden für den 11. Juli 2021 terminiert.

### **Langzeitbeobachtung:**

Unsere OSZE Langzeitbeobachter haben uns berichtet, dass der Wahlkampf im wesentlichen fair und frei stattgefunden und die Medien überwiegend neutral berichtet haben und die Meinungsfreiheit gewährleistet worden sei. Alle Kandidaten hatten einen Anspruch auf freie Sendezeit.

Streit gab es vor allem um die Zahl der Wahllokale im Ausland und die Zahl der Wahllokale für Wähler\*innen aus Transnistrien. Da sehr viele Wähler\*innen im Ausland arbeiten und leben, gibt es am Ende insgesamt 150 Auslandswahllokale, die meisten davon in Italien. Von den 3,2 Millionen Wähler\*innen sind lediglich 2,7 Millionen auf der regulären inländischen Einwohnermeldeliste.

Auch an der Finanzierung der Wahl gibt es Kritik. Die Vertreterin der Bürgermeister\*innen kritisiert, dass von der Regierung nicht genug Geld für die Wahlorganisation zur Verfügung gestellt worden sei und die Verteilung der Mittel außerdem nicht transparent und gerecht verlaufen sei.

Für die Parteien und Kandidaten gelten gesetzliche Grenzen, sowohl für die Spenden (240 € pro natürliche Person/ 5000 € pro Unternehmen) als auch für die Ausgaben. Probleme gibt es bei der Kontrolle und Sanktionierung von Verstößen. Aufgrund unklarer Verfahrensvorschriften werden viele Beschwerden im Zusammenhang mit der Wahl von den Gerichten als unzulässig verworfen. Vereinzelt Versuche von Stimmenkauf gehen vor allem auf das Konto der „Shor-Partei“.

Das Wahlsystem wurde zuletzt wieder auf ein reines Verhältniswahlrecht zurück geändert, nachdem es zwischenzeitlich ein gemischtes Wahlsystem ähnlich wie in Deutschland orientiert an Wahlkreisen gegeben hat und sich dieses als anfälliger für Manipulationen erwiesen hat.

Interessant ist die neue doppelte Genderquote, die dazu führt, dass tatsächlich 46,7 % der Kandidatinnen Frauen sind. Diese Quote wurde genderneutral formuliert und verlangt, dass jeweils unter 10 Listenplätzen jedem der beiden Geschlechter mindestens 4 angehören müssen.

### **Wahlsonntag:**

Gemeinsam mit meinem SPD-Kollegen Fritz Felgentreu, unserem Dolmetscher für Englisch und unserem Fahrer haben wir im ländlichen Bezirk Calarasi, im Nordwesten von Chisinau insgesamt 8 Wahllokale besucht. Die Eröffnung und die Schließung, sowie die Auszählung haben wir jeweils in Chisinau beobachtet.

Die Lokale eröffneten pünktlich um 07:00 Uhr – alle Urnen wurden zuvor unter den Augen zahlreicher Beobachter geprüft, versiegelt, die Wahlzettel aus den Safes genommen und alles ordnungsgemäß protokolliert. Es gab keine Schlangen vor den Lokalen und auch überfüllte Wahllokale haben wir nicht feststellen können. Die Corona-Maßnahmen wurden weitgehend eingehalten. Nur den behindertengerechten Zugang konnten wir meist nicht bestätigen. Von den überwiegend älteren Wähler\*innen mit Gehhilfen mussten sich viele die Treppen hochquälen.

Auch die Auszählung am Abend konnten wir bis zum Schluss und ohne Hindernisse verfolgen. Das vorgeschriebene Verfahren wurde in unserem Fall nicht vollständig eingehalten, weil die Stimmzettel nicht einzeln zugeordnet wurden, sondern von allen Wahlhelfern gleichzeitig nach Parteien auf Stapel verteilt wurden. Da wir aber beim mehrfachen Nachzählen der Stapel beobachten konnten, dass die Zuordnung korrekt war, haben wir den Verfahrensfehler notiert, berichtet und trotzdem eine im Wesentlichen ordnungsgemäße Wahl bestätigt.

Es stellte sich schnell heraus, dass die Partei der Präsidentin PAS als Wahlsiegerin hervorgehen würde. Dass sie tatsächlich auch eine absolute Mehrheit erzielt hat, stand erst am nächsten Morgen fest.

Der internationalen Medienberichterstattung war zu entnehmen, dass sich die Wähler\*innen in Moldau für die EU und gegen den russischen Einfluss entschieden hätten.

Dem muss ich klar widersprechen: die Menschen in Moldau haben mit dieser Wahl keine geopolitische Entscheidung treffen wollen. Auch der Transnistrien-Konflikt spielt kaum eine Rolle. Die Menschen wollen endlich ein Ende der Korruption und Vetternwirtschaft und eine Perspektive für die wirtschaftliche Entwicklung ihres Landes.

Auch russischsprachige Moldauer haben für diese Perspektive gestimmt. Mir wurde mehrfach bestätigt, dass auch Maia Sandu die Wahl nur gewinnen konnte, weil sie diese geopolitische Polarisierung gerade nicht befördert hat.

Wir sollten als EU jetzt nicht den Fehler machen die Republik Moldau von außen in diese Polarisierung zu treiben, denn das würde die Wahlsiegerin im eigenen Land eher schwächen.

Zentral muss es sein die rechtsstaatlichen Bemühungen durch wirtschaftliche Unterstützung zu stärken.

Man kann diesem wunderschönen kleinen Land mit seiner neuen parlamentarischen Mehrheit nur von Herzen viel Glück wünschen bei den anstehenden Herausforderungen und Reformen.

14.Juli 2021

Katja Keul